

## Einige Anmerkungen zu meinen KritikerInnen

Mein Text ist aus der Auseinandersetzung mit unserem Sohn entstanden, der Mitte 20 ist. Ich selbst bin 1944 geboren und gehöre zur 68er-Generation. Anders als viele meiner Zeitgenossen verleugne ich mein politisches Engagement von damals nicht und habe meine Ziele und Wünsche für eine radikale gesellschaftliche Veränderung nicht fallengelassen. Mein theoretisches Fundament für die gesellschaftliche Analyse ist Karl Marx, aber ich war nie Kommunist, weder in der DDR-Variante, noch in den Remakes aus den 20er Jahren oder gar in der Imitation albanischer, kubanischer oder maoistischer Strategievorschläge. Ich gehöre zur undogmatischen Linken und habe versucht, unsere Vorstellungen in einem Gesellschaftsentwurf zu bündeln, um der nachfolgenden Generation unsere Ziele zu vermitteln und diese zu hinterfragen, denn unser Sohn hat Kritik an ihnen.

Meine Überzeugung war immer, dass die neue Gesellschaft eine Befreiung aus den Fesseln der spätkapitalistischen Bundesrepublik erreichen sollte, aber auf ihrer Grundlage. Nicht nur formale Demokratie, sondern substantielle. In diesem Sinne habe ich mich politisch engagiert für Veränderungen von unten in allen gesellschaftlichen Bereichen, Basisgruppen an der Universität, in Schulen usw.

Bis Anfang der 70er waren wir uns in der Opposition zur Bundesrepublik, aber auch in den Zielen und Wünschen einig. Das Scheitern des Aufstands und die gesellschaftliche Repression bewirkten eine Differenzierung in den Strategien und eine Spaltung in immer kleinere Zirkel. Manche gingen in den Untergrund, andere wähten sich im Faschismus, tarnten sich mit Decknamen und telefonierten nur noch von Telefonzellen mit den GenossInnen. Staatlicherseits wurde viel getan zur Kriminalisierung, und mit der RAF konnte man auch die übrige Bewegung ins Abseits stellen. Aber unser Wollen hat uns lange Zeit vereint, die Wege trennten sich erst später. Immerhin hat es in der Bundesrepublik einiges bewegt.

Aus der Situation Ende der 70er entstand für die Einen der Marsch durch die Institutionen, die sich deutlich veränderten – die Institutionen, aber auch die Marschierenden, man denke an den Straßenkämpfer Joschka Fischer. Die Anderen beschlossen den Ausstieg, um die Transformation hier und heute zu leben und damit auch zu propagieren. Das hat Hauke Brenner sehr schön beschrieben.

1977 habe ich mich von der Universität verabschiedet und ein Autonomes Bildungszentrum im Kollektiv aufgebaut, hierarchiefrei, selbstverwaltet, gemeinsame Kasse, jedeR macht alles, Kapital neutralisiert ... Meine Lebensgefährtin hat etwas früher und ebenfalls 20 Jahre in einem Frauenprojekt engagiert gelebt und gekämpft. In diesen Jahren haben wir uns verändert, aber auch Narben an der Seele erhalten.

In einem engeren Sinn ist das „Wir“ in meinem Text nicht die undogmatische Linke im Ganzen, sondern diese große Gruppe von Menschen, die nicht bis zur Revolution im Aufschub leben wollten, weil sie nicht kommt, wenn sie nicht vorbereitet wird. Wir wollten die Gesellschaft verändern, indem wir uns verändern und das Neue „entwerfen“ (projizieren). Die Pariser Kommune und Spanien 1936 haben uns gezeigt, dass sogar im Bürgerkriegsfall die Utopie lebendig werden kann. Das ist der Satz, den Hauke zitiert:

*„Wir halten dagegen an unserer Überzeugung fest, dass eine neue Gesellschaft nur mit neuen Menschen aufgebaut werden kann und dass sich neue Menschen nur in einer neuen Gesellschaft entwickeln können.“*

Ich könnte es auch die permanente Revolte nennen. Sie bereitet die radikale Veränderung vor. Die DDR ist nicht zusammengebrochen, weil sie erfolglos war, sondern weil eine bessere Alternative daneben existierte. Die alten Revolutionsvorstellungen glorifizieren den militärischen Machtkampf und stammen aus früheren Gesellschaften, wo die politische Macht tatsächlich noch bei Personen im Staatsapparat lag und es reichte, diese Personen zu entfernen. Im Spätkapitalismus ist der Unterschied zwischen den Blöcken so minimal, dass SPD und Grüne gemeinsam eine kapitalfreundlichere Politik

gefahren haben, als es damals der CDU/FDP möglich gewesen wäre, weil die Macht in den gesellschaftlichen Verhältnissen steckt und die Regierenden zwingt, den „wirtschaftlichen Erfordernissen“ zu gehorchen.

Solange die große Mehrheit der Menschen diese kapitalistischen Verhältnisse akzeptiert, kann die Veränderung nur gewaltsam herbeigeführt werden und muss scheitern. Wenn aber die Akzeptanz – so wie in der DDR – verloren ist, braucht es keine Gewalt. Die strukturelle Gewalt liegt im Lohnarbeitsverhältnis und Konsumzwang. Der Kampf um Lohnerhöhungen und den Erhalt von Arbeitsplätzen, so berechtigt er auch sein mag, akzeptiert die Grundlagen des Systems. Der selbstverwaltete Betrieb ist daraus nur begrenzt ein Ausweg, denn er imitiert den Kapitalisten, und über kurz oder lang bleibt der Veränderungswille auf der Strecke, weil der Schritt zum Ausstieg nicht konsequent gemacht wurde. Auch Hauke hat nicht verstanden, dass eine wirkliche Neutralisierung des Kapitals bedeutet, es abzuschaffen, unschädlich zu machen. Viele Projekte sind daran gescheitert, dass nur einzelnen Mitgliedern das Kapital gehörte, aber die größere Gefahr ist vorhanden, wenn das Kapital allen gehört. Hauke sagt: „das eingebrachte Produktionskapital wurde neutralisiert, alles gehörte allen ». Also wurde es nicht unschädlich gemacht.

Später dann erzählt er von den „Commons“, die ich ja gerade meine, denn sie zeichnen sich dadurch aus, dass niemandem das Kapital gehört. Wasser, Land, Luft, natürlicher und gesellschaftlicher Reichtum gehören keiner Einzelperson, auch nicht allen, weil sie weder einer Gruppe, noch einem Clan, noch einem Staat gehören (können).

Der Kapitalismus braucht die Lohnarbeit, das heißt den Zwang zu einer Arbeit, deren Resultat nur begrenzt von Interesse ist, denn ihr Ziel ist der Lohn, eine (bestechende) Summe von Lebens- und Genussmitteln, die man sich damit kaufen kann. Das ermöglicht einer herrschenden Schicht, sich an den Profiten zu bereichern und ein lohnarbeitsfreies Leben zu führen. Diesen Zwang der Nicht-Reichen zur entfremdeten Arbeit will ich abschaffen und eine Grundversorgung garantieren, aber nicht bedingungslos. Denn Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung des Menschen, um zu leben und zu überleben, sondern auch konkrete, praktische Auseinandersetzung mit Natur und Mensch und als solche konkrete Beschäftigung identitätsstiftend. Arbeit ist die Grundlage jeder Gesellschaft und muss als solche gesellschaftlich geregelt werden. Sie ist auch Anstrengung, aber das sind Sport oder Musik auch. In einer Basisdemokratie gibt es auch Regeln, nur setzen wir sie uns selbst und bestimmen von unten und gemeinsam, was wir übernehmen wollen. Es reicht, an die Erfahrungen aus Wohngemeinschaften zu erinnern, wo der Abwasch oder das Putzen freiwillig waren und nicht stattfanden.

Ein Wort noch zur Frauenfrage: Sie steht auf einem anderen Blatt, das nicht weniger wichtig ist, aber ein eigenes Thema. Das Patriarchat ist einige Jahrtausende älter als der Kapitalismus und noch fester im Sattel. In den feudalen Gesellschaften Arabiens und Afrikas, in denen es zurzeit so viele Aufstände gibt, findet zugleich ein Geschlechterkampf statt, aber es sind zwei verschiedene Kämpfe. Selbst wenn der Kapitalismus abgeschafft und Basisdemokratie eingeführt wäre, würde der Geschlechterkampf weitergehen (müssen). Allerdings gibt es geschlechtsspezifische Gründe, warum Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise dem Kapitalismus verfallen sind. Der Kampf um Reichtum, die Konkurrenz und der Technikwahn, der durch den Zwang zur Produktivitätssteigerung eine Grundbedingung des kapitalistischen Systems ist, verfangen besser bei Männern. Die moderne Reproduktionstechnik zur Erzeugung von Kindern im Reagenzglas ist der Triumph des Mannes, die Frau auf ihrem ureigensten Gebiet schlagen zu können. Die Einbindung der Frauen geschieht eher über die durch den Mann gesicherte Versorgung und den Konsum, mit denen ihr das Leben angeblich leicht und angenehm gemacht wird. Aber diese vorsichtige These kann nicht eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Patriarchat ersetzen, die ich als Mann nur begrenzt leisten kann. Es steht mir auch nicht an.

Ganz absurd ist allerdings das Beharren von Renate Hürtgen auf den positiven Auswirkungen der Produktivkraftsteigerung und Technikentwicklung. Das ist der alte Fortschritts Glaube, der nicht anerkennen will, dass sich die technische Entwicklung in eine Destruktivkraftentwicklung verkehrt hat. Nicht nur in der militärischen Produktion, sondern auch in der Chemie und der Automobilproduktion sind die Grenzen längst überschritten, wo noch von Fortschritt die Rede sein konnte. Deutschland zeichnet sich dadurch aus, auf all diesen Gebieten wirtschaftlich führend zu sein, und die Akzeptanz dieses Wahnsystems, des „Immer mehr, Hauptsache meine Kasse stimmt“, ist bei Arbeitern und Angestellten groß, die vollzeitbeschäftigt Teil des Systems sind. Forderungen nach

gesellschaftlicher Veränderung haben gerade bei ihnen die geringste Resonanz. Nicht einmal ökologische Fragen werden sich gestellt, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen in AKWs oder Chemiewerken oder Autofabriken geht. Das, was Renate „gestiegenes Bildungsniveau“ nennt, hilft im Wettbewerb um „qualifizierte“ Arbeitsplätze, aber es handelt sich um rein instrumentelles, funktionales Wissen, nicht um Bildung, die als zu kostenintensiv aus dem Erziehungssystem entfernt wird. Ich erkenne bei ihnen kein „alternatives Milieu“ und sehe weder den Wunsch, noch „die Voraussetzungen für die Überwindung“.

Nicht nur in Griechenland und Spanien gibt es Verlierer der kapitalistischen Krise, sondern auch in Deutschland sind Millionen von prekär Beschäftigten und Arbeitslosen - trotz wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Krise. Aber die fest Beschäftigten, vor allem in der Industrie, gehören zu den Davongekommenen, deren Nationalismus und Ausländerhass gestärkt wurde. Weil aber Marx so verstanden wurde und zum Teil immer noch wird, als würde die Revolution von diesen Arbeitern und Angestellten kommen, muss die Wirklichkeit zurechtgebogen werden. Zum Abschied von diesem Proletariat hat André Gorz schon vor Jahrzehnten das Wesentliche gesagt. Es hat auch die DDR verlassen und nicht versucht, einen wirklichen Sozialismus an die Stelle zu setzen, wie einige Intellektuelle (Christa Wolf und andere) es versucht haben.

Zu Sebastian Gerhardt fällt mir nicht viel ein, weil ich nicht den Eindruck habe, dass er über mich oder meinen Text schreibt. Es ging mir schon auf der Veranstaltung so, dass ich mich nicht gemeint fühlte. Er proklamiert als Voraussetzung für die Veränderung der Gesellschaft: „Im Zentrum steht dabei die gute alte ‚Eigentumsfrage‘ und die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung.“ Das sind die beiden zentralen Punkte meines Textes: die Schaffung nicht-kapitalistischer Projekte und Betriebe durch Neutralisierung des Kapitals und die Demokratisierung der Gesellschaft von unten nach oben. Das tut er non-chalant als rhetorischen Schlenker und Kleingruppenperspektive ab. Ich habe mich vor fast 40 Jahren von den linken Akademikern verabschiedet und keine ökologische Landbauperspektive, und ich habe meine Ideen nicht allein in der Studierstube entwickelt.

GERD STANGE

St Saturnin lès Apt, 9.2.2013